

Autor: SIMON ALLGEIER
Seite: 012 bis 013
Quellrubrik: ORTENAU

Ausgabe: Hauptaussage
Jahrgang: 2021
Nummer: 3

„Wir beide wollen die Arbeitsplätze hier halten“

Die IG Metall lehnt in der laufenden Tarifrunde eine Kürzung von Sonderleistungen kategorisch ab und warnt vor einer Eskalation der gerade erst gestarteten Gespräche. Die Arbeitgeberseite hatte die Forderung der Gewerkschaft nach vier Prozent mehr Geld zurückgewiesen. Ein Streitgespräch zwischen dem Bevollmächtigten der IG Metall Offenburg, Ahmet Karademir, und Stephan Wilcken, dem Geschäftsführer von Südwestmetall Freiburg.

VON SIMON ALLGEIER

Die Gewerkschaft IG Metall verlangt in der bis Ende Februar laufenden Tarifrunde „Zukunftstarifverträge“ für die einzelnen Betriebe sowie ein Entgelt-Volumen von vier Prozent mehr für die Beschäftigten, das bei schwacher Nachfrage auch zum Teilausgleich von Lohnausfällen bei einer Arbeitszeitverkürzung dienen könnte. Die Arbeitgeber warnen hingegen vor jeder Verteuerung des Faktors Arbeit. Im Streitgespräch setzen sich Ahmet Karademir, der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Offenburg, und Stephan Wilcken, der Geschäftsführer der Bezirksgruppe Freiburg von Südwestmetall mit der aktuellen Situation auseinander.

Wie stark ist die Metall- und Elektroindustrie durch die Corona-Krise belastet?

Ahmet Karademir: Es stehen nicht in allen Unternehmen die Ampeln auf Rot. Auch in kritischen Branchen wie der Automobil- und Zulieferindustrie haben sich im dritten Quartal gute Ergebnisse abgezeichnet. Der Zacken, der im März/April ausgeschlagen wurde, konnte aber nicht ausgeglichen werden. Ein Drittel der Firmen kämpft ums Überleben, ein Drittel geht es sehr gut und ein Drittel versucht sich den Herausforderungen zu stellen. Wir sind in der Ortenau stark aufgestellt im Bereich Sanitär mit zwei großen Akteuren. Bei

allem, was in geschlossenen Räumen stattfindet, brummt das Geschäft. Das hätte ich im Frühjahr anders eingeschätzt. Die Gegenseite der Medaille ist, dass sich bei Unternehmen, die vor Corona in schwieriger Lage waren, der Prozess beschleunigt hat. Meine Sorge ist, dass es 2021 mehr Insolvenzen geben wird.

Stephan Wilcken: Die Beispiele von Herrn Karademir stimmen, aber teilweise mussten auch die Sanitärfirmen im ersten Halbjahr in Kurzarbeit gehen, weil die Elsässer nicht über die Grenze kamen. Insgesamt gehen unsere Firmen davon aus, dass sie um 20 bis 25 Prozent unter dem budgetierten Umsatz liegen. Wir haben durchaus auch mit Entlassungen zu tun, die durch Corona beschleunigt wurden. Im Automobilzuliefererbereich gibt es ganz unterschiedliche Auswirkungen. In der Ortenau haben wir Firmen, die vor allem für den Verbrenner arbeiten. Den Switch zu machen, ist enorm aufwändig. Auch die Firmen, die vernünftig dastehen, müssen kräftig investieren, um den Wandel zur Elektromobilität hinzubekommen. Die ganz großen Sorgen wie im Einzelhandel oder im Hotel- und Gaststättenbereich, die haben wir sicher nicht.

Die Situation der Unternehmen ist also angespannt. Ist das die richtige Situation, Herr Karademir, um vonseiten der Arbeitnehmer Forderungen zu stellen?

Karademir: Wir haben in diesem Frühjahr in einer Tarifrunde aus voller Fahrt eine Vollbremsung hingelegt, weil wir uns unserer Verantwortung bewusst waren. Im dritten und vierten Quartal haben wir bei einigen Zulieferern eine enorm gesunde Auslastung festgestellt, vor allem für Produkte, die auf dem asiatischen Markt gefertigt werden. Was stimmt ist, dass wir in Deutschland den Automobil-Ast und das Konsumverhalten etwas vernachlässigen. Das ist teilweise politisch verursacht, aber auch ein Generationenthema. Ich habe zwei Töchter, die automobilaffin sind, aber in ihrem Freundeskreis hat gerade einmal jeder dritte junge Erwachsene einen Führerschein.

Und noch weniger haben ein eigenes Fahrzeug.

Karademir: Genau. In dieser Großmengenlage stelle ich fest, dass wir bei all den Diskussionen und auch dem leidigen Thema Dieselskandal unseren heimischen Markt vernachlässigen. Wir brauchen auch in dieser Tarifrunde, die 2021 in die heiße Phase geht, wieder eine Bereicherung der Haushaltseinkünfte.

Damit sich die Menschen mehr leisten können.

Karademir: Das zum einen, aber auch wenn die Kurzarbeit zurückgegangen ist, brauchen wir einen finanziellen Ausgleich. Eine ganze Reihe an Betrieben hatte im März/April Kurzarbeit Null. Die

Kurzarbeiterzuzahlungen müssen bei der Lohnsteuer im Folgejahr angegeben werden. Das sind bei einem durchschnittlichen Beschäftigten in der Metall- und Elektrobranche in einem durchschnittlichen Kurzarbeitsumfang zwischen 600 und 1000 Euro, die er im nächsten Jahr nachzahlen muss.

Wilcken: Richtig ist, dass die Mitarbeiter, die in Kurzarbeit waren, das versteuern müssen, aber bei allem Respekt: Für die Steuergerechtigkeit sind die Arbeitgeber nicht zuständig. Wir müssen schauen, dass wir weiterhin wettbewerbsfähig sind und die Beschäftigten in den Unternehmen und die Arbeitsplätze in Deutschland halten. Wir müssen schauen, wo es Kostenentlastungen für die Unternehmen gibt.

Sehen Sie die Inlandsnachfrage auch bedingt durch die Corona-Krise gefährdet?

Karademir: Definitiv, und nicht nur, weil die Kaufhäuser zu sind. Mir zum Beispiel macht Einkaufen nur Spaß, wenn ich nicht durch eine Maske eingeschränkt bin. Wir bringen den Motor ins Stottern. Das müsste nicht sein. Manche Unternehmen haben teilweise zehn Jahre in Folge bessere Bilanzen abgegeben. Dann finde ich es legitim, dass die Beschäftigten in schwierigen Zeiten, nicht gleich Zugeständnisse machen müssen. Wir sagen ja nicht, wir wollen tabellenwirksam vier Prozent mehr, sondern wir sagen im Volumen vier Prozent mehr. Das kann durch eine Teilabsenkung der Arbeitszeit sein oder durch mehr Lohn.

Wilcken: Die Tarifverträge sind viel zu kompliziert, das versteht niemand. Wir haben vor zwei Jahren die Möglichkeit gegeben, statt zusätzlichem Geld Freizeit zu nehmen, was in den Unternehmen einen relativ hohen Verwaltungsaufwand verursacht hat. Das müssen wir reduzieren. Es wird immer reklamiert, dass die Tarifbindung abnimmt. Die Flächentarifbindung ja, aber nicht die Tarifbindung als

solche. Wir suchen firmenspezifische tarifliche Lösungen, die sich an der Fläche orientieren. In diese Richtung müssen wir gehen. Vor vielen Jahren habe ich mal gesagt: Tarifverträge müssen sexy werden. Sie müssen die Akzeptanz der Beteiligten finden, nicht nur der Beschäftigten, sondern auch der Arbeitgeber.

„Wir sind gerade dabei, den Verbrennermotor in die Tonne zu klopfen.“

Ahmet Karademir, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Offenburg
Zurück zu den Forderungen der IG Metall: Herr Wilcken, ist der Puffer wirklich so groß, dass die Unternehmen das leisten können?

Wilcken: 60 Prozent unserer Firmen haben eine Umsatzrendite von zwei Prozent und weniger, und ein Drittel wird im Minus sein. Es gab Firmen, denen es in der Vergangenheit gut gegangen ist, wir hatten aber auch gute Entgelterhöhungen. Was die Ausgabensituation angeht, darf man nicht vergessen, dass sich das Verhalten der Berufstätigen gewandelt hat und sich weiter wandeln wird, hin zu Home Office und virtuellen Besprechungen. Wie viele andere verbrauche ich seit März viel weniger Benzin, weil ich seltener unterwegs bin. Wenn ich einen Schritt weiter gehe und mir überlege, wann ich ein neues Auto brauche, dann wird das nicht mehr alle drei Jahre, sondern nur noch alle vier oder fünf Jahre sein. Dementsprechend wird auch hier der Umsatz zurückgehen, umgekehrt werden die Beschäftigten auch weniger Ausgaben haben als in der Vergangenheit.

Können Sie, Herr Karademir, bei dem Modell mitgehen, dass Firmen individuell betrachtet werden?

Karademir: Letztendlich findet dieses Modell unter der Überschrift Pforzheimer Abkommen schon seit 15 Jahren Anwendung. Die Tarif-

vertragsparteien haben sich auf Spielregeln eingelassen, dass unter bestimmten Voraussetzungen vom Tarifvertrag abgewichen werden kann. Insofern ist es mir schleierhaft, wenn in den kommenden Gesprächen die Arbeitgeber die Tarifverträge als kompliziert bezeichnen und darüber hinaus sagen, die Flexibilität sei nicht gegeben. Es ist richtig, dass die Tarifverträge nicht auf ein Din A4-Blatt passen. Weil auf beiden Seiten gewisse Zusagen das Ganze verkomplizieren. Ein Paradebeispiel ist die aktuelle Tarifrunde. Wir haben gesagt, dass in den Betrieben, in denen es keine Kurzarbeit gab, der Arbeitgeber als kleine Entschädigung 350 Euro zahlen sollte. In der Ortenau gibt es zwei, drei Betriebe, bei denen wir gezielt nachbohren mussten. Das führt dazu, dass von unserer Seite künftig Formulierungen in die Waagschale geworfen werden, die es noch komplizierter machen.

Wilcken: Ich kenne in der Ortenau nur zwei solcher Fälle. In einem Fall ist es so, dass die Systematik dem Konzern, der nicht in Deutschland sitzt, schlichtweg nicht bekannt war. Im zweiten Fall haben wir beide unterschiedliche Informationen darüber, in welcher Höhe eine Corona-Prämie gezahlt wurde. Ich sage es ohne jeglichen Vorwurf: wenn wir mit Differenzierungen arbeiten, müssen wir erst einmal üben. Es gibt zwar keine rechtliche Verpflichtung zur Zahlung, aber ich habe mich darum gekümmert, als mich Herr Karademir darüber informiert hat. Ich sehe unser Verhältnis als Partnerschaft, die wir beide versuchen zu leben. Wir gehen nicht böseartig miteinander um.

Etwas ketzerisch gefragt: Braucht es den Bonus für die Mitarbeiter? Eigentlich müssten sie doch froh sein, dass ihr Unternehmen keine Kurzarbeit angemeldet hat. Jetzt werden die Firmen bestraft, die ein gutes Konzept hatten.

Wilcken: Noch nicht einmal ich würde in dem Zusammenhang das

Wort bestrafen in den Mund nehmen.

Karademir: Wenn das Unternehmen gute Rendite erwirtschaftet hat, ist es wichtig, dass die Unternehmenslenker die richtigen Entscheidungen treffen. Es ist aber ein Erfolg aller Personen, die am Unternehmensziel gearbeitet haben. Deshalb ist es legitim, wenn die Kollegen einen Ausgleich bekommen, wenn es schon keine Tabellenerhöhung gibt. Wir können mit unseren Tarifverträgen, auch wenn sie sehr filigran sind, nicht alle Eventualitäten abdecken. Herr Wilcken hat in einem Nebensatz gesagt, dass wir ordentlich miteinander umgehen ...

Wilcken: ... das war ein Hauptsatz.

Karademir: Diese Kultur, die wir miteinander entwickelt haben, ist nicht von heute auf morgen gewachsen. Auch wenn es strittige Themen gibt, versuchen wir diese pragmatisch zu lösen. Wilcken: Wir beide wollen die Arbeitsplätze hier so weit als möglich zu vernünftigen Konditionen halten. Es gibt auch Gewinner der Corona-Krise, die Firmen zum Beispiel, die Beatmungsgeräte herstellen. Aber selbst im Bereich Medizingeräte gibt es auch Firmen, die Kurzarbeit anmelden müssen. Wir hatten im Sommer einen Fall, als ein Unternehmen, das Geräte für normale Operationen herstellt, in Kurzarbeit musste. Daran sieht man das Spannungsfeld, das wir mit einem Flächentarifvertrag abdecken müssen. Ich bin ein ganz großer Freund des Flächentarifvertrages, er muss aber entrümpelt werden und vernünftig anwendbar sein. Es hakt noch bei zwei Themen, die aber extrem wichtig sind: Das sind die ganzen Altersprivilegien wie Alterskündigungsschutz und Verdienstsicherung im Alter. Bei allem anderen sind die Tarifvertragsparteien schon relativ weit. Und wir müssen Differenzierungsregelungen haben.

"Wir müssen schauen, wo es

Kostenentlastungen für die Unternehmen gibt."

Stephan Wilcken, Geschäftsführer von Südwestmetall, Bezirksgruppe Freiburg

Lange Zeit war Deutschland Spitzenreiter in der Metall- und Elektroindustrie. In den letzten Jahren scheint Deutschland auch mit Blick auf Tesla ins Hintertreffen zu geraten. Haben wir ein Zukunftsproblem, weil viele Unternehmen die technologische Transformation verschlafen haben?

Wilcken: Wir haben ein Transformationsthema, das an Geschwindigkeit zugenommen hat. Damit haben wir vor einem Jahr nicht gerechnet.

Karademir: Ich finde es schade, dass auch aus dem Bereich der Regierungsverantwortlichen Entscheidungen getroffen werden, die zwar charmant wirken, aber nicht durchdacht sind. Mich ärgert es, wie auch die Landesregierung Sanktionen festlegt, die Menschen, die in Zentren wie Stuttgart wohnen, zwingen, sich ein neues Auto zu kaufen, weil das alte nicht mehr die gesetzlichen Kriterien erfüllt. Was ich aberwitzig finde, ist, dass hier in Deutschland das Automobil erfunden wurde und über viele Jahrzehnte war es eine Schlüsseltechnologie. Wir sind gerade dabei, den Verbrennermotor in die Tonne zu klopfen. Ich finde es sehr gefährlich, wenn wir meinen, dass alles, was die letzten 100 Jahre richtig war jetzt falsch ist, und wir springen blind auf den Elektroantrieb auf. Ich selbst fahre einen Diesel als Dienstfahrzeug. Damit verbrauche ich weniger als ein Hybridfahrzeug. Wenn ich aber an der Ampel stehe und ein Sandalenträger rüberschaut, denkt der, was ist das für ein fettes Auto. In Wahrheit bin ich insgesamt aber ökologischer unterwegs, nur wird das leider nicht registriert. Wenn wir im Augenblick nicht wissen, wohin die Reise geht, ist es Augenwischerei, eine grüne Verpackung abzuliefern. Ich lebe

seit 50 Jahren in der Bundesrepublik und verstehe nicht, weshalb man hier versucht, den dicken Ast, auf dem man sitzt, abzusägen.

Sind wir zu sehr das Volk der Bedenkenträger und reden uns schlechter als wir vielleicht von außen gesehen werden?

Wilcken: Das ist so. Unabhängig vom Verbrauchsvergleich macht sich niemand Gedanken, was mit dem Tesla passiert, wenn er verschrottet werden muss. Ich glaube nicht, dass wir Entwicklungen verschlafen haben. Die Automobilfirmen waren schon relativ früh am Elektroantrieb dran, es hat sich aber niemand dafür interessiert. Jetzt macht sich niemand Gedanken, wo der Strom herkommt. In Spitzenzeiten bekommen wir Strom aus Frankreich und wissen nicht, ob der in einem Kohle- oder Atomkraftwerk produziert wurde. Dass es in Richtung Elektromobilität geht, ist eine politische Entscheidung, auf die müssen die Unternehmen jetzt aufspringen. Ob es die Zukunft ist halte ich für fraglich.

Unabhängig davon, ob der Verbrennermotor noch eine Zukunft hat, stehen die Automobilzulieferer vor der Herausforderung, dass zunehmend Elektrofahrzeuge auf den Markt kommen werden und viele ihrer Teile nicht mehr benötigt werden. Wie stellen sich die Unternehmen darauf ein?

Wilcken: Wir haben ein schönes Beispiel in der Ortenau. Das Unternehmen hat im Moment einen Anteil von 80 Prozent an Produkten für den Verbrenner. Perspektivisch soll das auf 50 bis 60 Prozent runtergehen. Jetzt hat das Unternehmen zwei Aufträge im Zusammenhang mit Elektromobilität, muss dafür aber neue Maschinen für fünf Millionen Euro kaufen. Das wird sich irgendwann rechnen, aber nicht 2021 und nicht 2022. Karademir: Wenn ich mir den Speckgürtel um Stuttgart herum anschau mit der Automobil- und Zuliefererlastigkeit, da gibt es Unternehmen, die weigern sich,

Konzepte für die Zukunft anzunehmen. Ich erwarte mehr Verantwortung von den Geschäftsführern, wenn es um die Zukunft geht. Es ist schade, wenn man nur auf die Kostenstrukturen schaut. In Osteuropa oder Asien ist die Produktion natürlich günstiger. Die einzige Ressource, die wir in der Bundesrepublik haben, ist Bildung. Wir sind eine sehr qualifizierte Bildungsgesellschaft. Auf dieses Bildungsbürgertum muss man viel mehr setzen. Ich habe Verständnis für Unternehmen, wenn sie Sparprogramme fahren müssen, aber was ich nicht verstehe, ist, dass die Metall- und Elektrobetriebe, die wir betreuen für das kommende Jahr 20 Prozent weniger Ausbildungsplätze in Aussicht gestellt haben. Eine Stagnation hätte ich mir noch gefallen lassen. Die Verlierer der Corona-Pandemie dürfen nicht unsere Kinder und Jugendlichen sein.

Wilcken: Aber es sind immer noch

Ausbildungsplätze auch und gerade in der Metall- und Elektroindustrie nicht besetzt. Es ist richtig, dass weniger Ausbildungsplätze angeboten wurden, aber man muss die Einzelfälle anschauen. Es hat nicht immer etwas mit der wirtschaftlichen Lage zu tun, dass keine Auszubildenden eingestellt werden. Oft gibt es nicht die passenden Kandidaten. Oder es gibt Handwerker, die intensiv ausbilden, nach der Ausbildung wandern die Mitarbeiter dann aber zu einem größeren Unternehmen ab, weil die Konditionen dort besser sind. Insofern muss dieses Unternehmen selbst nicht ausbilden.

Sie beide vertreten mit der Arbeitgeber- beziehungsweise Arbeitnehmerseite unterschiedliche Interessen. Wie wirkt sich das auf Ihr persönliches Verhältnis aus?

Karademir: Ich bin erleichtert, dass Herr Wilcken nicht das Standardvokabular bemüht hat, das seit

Wochen von der Arbeitgeberseite gebraucht wird und das zeichnet unser Verhältnis auch aus. Der durchschnittliche Metallbeschäftigte in Baden-Württemberg verdient 65 000 Euro. Auf diese Aussage war ich präpariert und wollte parieren mit: Das mag sein, bei der durchschnittlichen Vergütung würde ich gerne aber auch die der Geschäftsführer und Manager in der Metall- und Elektrobranche ins Verhältnis zu anderen Branchen setzen wollen.

Wilcken: Man darf nicht vergessen, dass die Managervergütung auch mit Unterstützung der Arbeitnehmerseite in den Aufsichtsräten zustande kommen. Das Entscheidende für mich ist, dass wir alle Arbeitnehmer, die arbeitswillig sind, an Bord halten und gemeinsam ein vernünftiges Geschäft machen. Ich bin überzeugt, dass wir Ende März einen vernünftigen Tarifabschluss haben werden.